Zeitung: Land verlängert Aufenthaltsgenehmigungen für Jesidinnen

24. Oktober 2017

Ulm (KNA) Die baden-württembergische Landesregierung will laut einem Zeitungsbericht die Aufenthaltsgenehmigung der im Südwesten aufgenommenen jesidischen Frauen und Kinder um weitere zwei Jahre verlängern.

Wie die „Südwestpresse“ (Samstag) berichtet, will das Kabinett in der kommenden Woche einen entsprechenden Beschluss fassen. Die Opfer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) seien weiterhin schutzbedürftig und benötigten weitere therapeutische Betreuung. Zugleich ziehe die Kabinettsvorlage eine positive Zwischenbilanz des 2015 begonnenen Hilfsprogramms. Der Aufenthalt in Baden-Württemberg habe „enorm zur Stabilisierung der Frauen beigetragen“.

Die Eingewöhnung in die sichere Umgebung gebe vielen „nun die Kraft, eine Einzeltherapie zu beginnen oder sich um eine erfolgreiche Integration und anschließend um einen Arbeitsplatz zu bemühen“, zitiert die „Südwestpresse“ weiter. Das Land wolle nun für höchstens 36 Monate Therapiekosten übernehmen. Nach der Ermordung, Vertreibung und Versklavung von Tausenden Jesiden durch den IS hatte Baden-Württemberg Anfang 2015 ein Sonderhilfsprogramm für Frauen der religiösen Minderheit gestartet. Seitdem wurden rund 1.000 aus dem Irak, Syrien, Iran und der Türkei stammende Jesidinnen nach Deutschland gebracht.

(KNA – rlkmk-89-00178)

Stand: 23. November 2026